



Geschäftsführung Ausschuss Allgemeine
Verwaltung und Rechtsfragen

Ansprechpartner/in: Frau Meier

Telefon: (0221) 221-26102

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: kathryn.meier@stadt-koeln.de

Datum: 02.03.2009

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen** in
der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 02.02.2009, 15:30 Uhr bis 17:00 Uhr,
Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Dietmar Repgen FDP

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Werner Bartsch	CDU	(i.V. für Herrn Granitzka)
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Dr. Martin Schoser	CDU	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	(i.V. für Herrn Zimmermann)
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Michael Neubert	SPD	(entschuldigt)
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Brigitta von Bülow	Grüne	
Herr Andreas Wolter	Grüne	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Jörg Detjen	Die Linke.Köln	
Herr Bernd Schöppe	pro Köln	(i.V. für Frau Wolter)

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU
Frau Gonca Mucuk-Edis	auf Vorschlag der SPD
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der Grünen
Herr Martin Schmitz	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Ali Esen	(entschuldigt)
Frau Adelheid Langes	

Herr Markus Danuser

Verwaltung

Herr Wolfgang Büscher
Herr Wolfgang Heintz
Frau Ursula Herx
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Robert Kilp
Herr Gero Schmidt

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Friedel Giesen-Weirich
Herr Ulrich Langner

Schriftführer/in

Frau Kathryn Meier

Presse Zuschauer

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Repgen verweist auf folgende Vorschläge zur Ergänzung der Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- 2.2. Beantwortung einer Anfrage von Herrn Granitzka vom 08.12.2008
Alkoholmissbrauch durch Jugendliche bei Großereignissen
0134/2009
- 2.3. Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Wolter vom 08.12.2008
Ladenschluss-/Betriebszeiten im RheinCenter Weiden
5664/2008
- zu 3.2 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2007
0403/2009
- 3.6. Wertgrenzen im Vergaberecht - Bedeutung öffentlicher Aufträge für die
lokale/regionale/überregionale Wirtschaft 2006 - III 2008
0245/2009
- 3.7. Zensus 2011
0083/2009
- 3.8. Einführung des Ganztagsbetriebs an Gymnasien und Realschulen / Ge-
nehmigung durch die Bezirksregierung Köln
0362/2009

- 3.9. Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2009"
0367/2009
- 3.10. Verweis aus dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün:
Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten
0082/2009
- 4.2. Projekt Mobile Bürgerdienste (MoBüD) Sachstandsbericht
4400/2008
- 5.1. Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2009
Aufenthaltsbeendende Maßnahmen
AN/0013/2009
- 7.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion
0233/2009
- 9.10. 4. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Köln
5124/2008
(zurückgezogen)
- 9.11. Schulsozialarbeit
Hier: Erweiterung der Schulsozialarbeit in 2009
4301/2008
- 9.12. Projekt D115 - Einheitliche Behördennummer
hier: Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen für die Dauer
des Pilotbetriebes mit den Verbundpartnern in der Region
5645/2008
- 9.13. Moderationsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger am Brüsseler
Platz
5824/2009

II Nichtöffentlicher Teil

- 15.2. Beschlussvorlage Wahlen 2009
Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss eines Vertrages über Druck
und Versand von Wahlunterlagen 2009 und Anschaffung zusätzlicher Trans-
portkoffer
0224/2009
- 15.3. Bedarfsprüfung zum Abschluss von Verträgen zum Redesign der Termi-
nalserver-Farm
0261/2009

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0 Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

2.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
03.12.2008
Erfahrungen im Bereich Sabbatical
5490/2008

2.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Granitzka vom 08.12.2008
Alkoholmissbrauch durch Jugendliche bei Großereignissen
0134/2009

2.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Wolter vom 08.12.2008
Ladenschluss-/Betriebszeiten im RheinCenter Weiden
5664/2008

3 Mitteilungen der Verwaltung

3.1 Bericht über den Personalbestand der Stadtverwaltung Köln zum
30.06.2008
5456/2008

3.2 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2007
3049/2008

3.2.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2007
0403/2009

3.3 Fragen zu den Rufnummern 110, 112 und 115
4553/2008

- 3.4 Einführung des elektronischen Auskunftsbildschirms StadtKasseOnLine (SKOL)
5873/2009
- 3.5 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2008
0009/2009
- 3.6 Wertgrenzen im Vergaberecht - Bedeutung öffentlicher Aufträge für die lokale/regionale/überregionale Wirtschaft 2006 - III 2008
0245/2009
- 3.7 Zensus 2011
0083/2009
- 3.8 Einführung des Ganztagsbetriebs an Gymnasien und Realschulen / Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln
0362/2009
- 3.9 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2009"
0367/2009
- 3.10 Verweis aus dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün:
Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten
0082/2009

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

- 4.1 Förderung von Integrationsunternehmen
5638/2008
- 4.2 Projekt Mobile Bürgerdienste (MoBüD) Sachstandsbericht
4400/2008

5 Schriftliche Anfragen

- 5.1. Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2009
Aufenthaltsbeendende Maßnahmen

AN/0013/2009

6 Mündliche Anfragen

7 Anträge

- 7.1. Gestaltung der Mitarbeiterverträge im ASD
Antrag der FDP-Fraktion vom 16.01.2009
AN/2266/2008

Stellungnahme der Verwaltung
0233/2009

8 Platzvergaben

- 8.1 Neumarkt
hier: Antrag der Gemeinschaft Kölner Schausteller eG auf Durchführung der Karnevalskirmes vom 22.02.2009 bis zum 24.02.2009 und Zurverfügungstellung des Neumarktes incl. Auf- und Abbauzeiten vom 21.02.2009 bis zum 28.02.2009
5192/2008
- 8.2 Rudolfplatz
hier: Antrag der Synagogen-Gemeinde Köln, Ottostraße 85, 50823 Köln auf Durchführung einer Informationsveranstaltung (Israel-Tag) am 07.05.2009 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr (incl. Auf- und Abbauzeiten) und Zurverfügungstellung des Rudolfplatzes
5284/2008
- 8.3 Rudolfplatz
hier: Antrag des Vereins Ickler & Friends e.V., Gutenbergstraße 79, 50823 Köln auf Durchführung einer Informationsveranstaltung (Einfach Ehrensache 2009) am 23.05.2009 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr (incl. Auf- und Abbauzeiten) und Zurverfügungstellung des Rudolfplatzes
5286/2008

9 Allgemeine Vorlagen

- 9.1 Kulturelle Bildung in Köln
3429/2008
- 9.2 Beschaffung von Plankammerschränken für das Historische Archiv
5323/2008
- 9.3 Lieferung von Holz in verschiedenen Sortierungen
5552/2008
- 9.4 Bedarfsfeststellung - Kauf von handgeführten Maschinen für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
5579/2008
- 9.5 Jährliche Überprüfung der Einheitssätze gem. § 3 der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages - Erschließungsbeitragsatzung - vom 29. Juni 2001
4375/2008
- 9.6 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus
Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa
3984/2008
- 9.7 Projekt "Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete"
EFRE - Wettbewerbsaufruf "familie@unternehmen.NRW"
2075/2008
- 9.8 Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige - Ausbauplanung bis 2013
5359/2008
- 9.9 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bearbeitung von Beihilfeangelegenheiten für die Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln
5643/2008
- 9.10 zurückgezogen

- 9.11 Schulsozialarbeit
Hier: Erweiterung der Schulsozialarbeit in 2009
4301/2008

- 9.12 Projekt D115 - Einheitliche Behördennummer
hier: Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen für die Dauer
des Pilotbetriebes mit den Verbundpartnern in der Region
5645/2008

- 9.13 Moderationsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger am Brüsseler Platz
5824/2009

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

11 Mitteilungen der Verwaltung

- 11.1 Liste § 5 Zuständigkeitsordnung des Rates (ZustO)
4625/2008

12 Schriftliche Anfragen

13 Mündliche Anfragen

14 Anträge

15 Allgemeine Vorlagen

- 15.1 Abschluss einer Vereinbarung mit den Kölner Tierheimen für die Unter-
bringung und Behandlung von Fundtieren und sichergestellten Tieren
5281/2008

- 15.2 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss eines Vertrages über Druck und Versand von Wahlunterlagen 2009 und Anschaffung zusätzlicher Transportkoffer
0224/2009

- 15.3 Bedarfsprüfung zum Abschluss von Verträgen zum Redesign der Terminalserver-Farm
0261/2009

I. Öffentlicher Teil

0 Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin

Herr Repgen begrüßt Frau Mucuk-Edis im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und verpflichtet sie als sachkundige Einwohnerin.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Themenschwerpunkte des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern in 2009

Frau Kronenberg berichtet, im Wahljahr 2009 definiere das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern schwerpunktmäßig frauenpolitische Themen, die in verschiedene Veranstaltungen einfließen würden. So stehe der diesjährige Internationale Frauentag unter dem Motto „Damenwahl-Denn ohne Frauen ist kein Staat zu machen“. Neben dem Ziel der Erhöhung des Anteils weiblicher Mandatsträger sei auch das Wahlverhalten der Frauen von Interesse, insbesondere vor dem Hintergrund, dass mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten weiblich seien.

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

2.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2008 Erfahrungen im Bereich Sabbatical 5490/2008

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 1). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Repgen antwortet Herr Büscher, das Programm existiere seit etwa fünf bis sechs Jahren.

Herr Giesen-Weirich führt auf Nachfrage von Herrn Detjen aus, problematisch sei, dass die Arbeitsleistung eines Mitarbeiters in seiner Freistellungsphase durch Kollegen aufgefangen werden müsse. Grundsätzlich unterstütze der Gesamtpersonalrat die Verwaltung aber bei der flächendeckenden Einführung der Möglichkeit eines Sabbaticals.

**2.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Granitzka vom 08.12.2008
Alkoholmissbrauch durch Jugendliche bei Großereignissen
0134/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 2). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**2.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Wolter vom 08.12.2008
Ladenschluss-/Betriebszeiten im RheinCenter Weiden
5664/2008**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 3). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3 Mitteilungen der Verwaltung

**3.1 Bericht über den Personalbestand der Stadtverwaltung Köln zum
30.06.2008
5456/2008**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 4). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau von Bülow antwortet Herr Kahlen, dem AVR werde in Kürze der Ausbildungsbericht der Stadtverwaltung vorgelegt, aus dem unter anderem der Anteil der Bewerber und Auszubildenden mit Migrationshintergrund hervorgehe. Für die Gesamtverwaltung könne er keine zuverlässige Aussage treffen, da ein etwaiger Migrationshintergrund von städtischen Mitarbeitern in der Vergangenheit nicht statistisch erfasst worden sei.

Er erläutert auf weitere Nachfrage von Herrn Detjen, die Mitteilung spiegele den Personalbestand zum 30.06.2008 wider. Zahlreiche Mehrstellen, beispielsweise im Hinblick auf die Umsetzung von „KiBiz“ oder die Einrichtung des Gefährdungsmeldungs-sofortdienstes, seien erst nach Inkrafttreten des Stellenplans im August 2008 besetzt worden, so dass diese nicht in der vorliegenden Statistik erfasst seien. Er sagt für den nächsten Bericht über den Personalbestand eine Darstellung zu, in welchen Bereichen Stellen abgebaut worden seien.

3.2 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2007 3049/2008

3.2.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2007 0403/2009

Die Mitteilungen der Verwaltung wurden zur Sitzung verteilt (Anlage 5). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau von Bülow informiert Herr Kahlen, im Bereich der Hausmeister habe man versucht, Vakanzen über regionale Vertretungspools auszugleichen. Die Effizienz dieses Instrumentes werde nunmehr im Rahmen der Nachbetrachtung überprüft. Darüber hinaus werde verwaltungsintern diskutiert, inwieweit das Anforderungsprofil für Schulhausmeisterstellen unter Berücksichtigung der aktuellen Tarifverträge sowie der Zunahme von Ganztagsangeboten und außerschulischen Veranstaltungen verändert werden müsse.

Herr Heintz ergänzt, das Organisationsamt werde im Rahmen der monatlichen Meldungen der Dezernate über abgeleistete sowie für den Folgemonat vorgesehene Überstunden informiert. Sofern aus organisatorischer Sicht ein Handlungsbedarf gesehen werde, würden entsprechende Prüfungen, beispielsweise zur Stellenbemessung und eventuellen Erforderlichkeit von Mehrstellen, eingeleitet.

Auf Anmerkung von Herrn Detjen legt Herr Kahlen dar, beim Stellenabbau im Amt für Landschaftspflege und Grünflächen handele es sich um eine langfristige Entwicklung, unter anderem durch die Ausweitung des Maschinenparks bedingt. Hinsichtlich der Reinigungskräfte befänden sich Gespräche zur Dienstvereinbarung und Eingruppierung vor dem Abschluss. Im Bereich der Feuerwehr habe der Umfang von Mehrarbeit durch die neue Arbeitszeitverordnung stark zugenommen, in der übrigen Kernverwaltung sei es jedoch insgesamt gelungen, das Überstundenaufkommen zu reduzieren.

Herr Büscher fügt hinzu, es sei keineswegs vorgesehen, Stellenvakanzen mittels Überstunden aufzufangen. In der Statistik handele es sich grundsätzlich um temporär erforderliche Überstunden bis zur Nachbesetzung einer freien Stelle. Bei den Zentralen Diensten sei Mehrarbeit im Übrigen durch überdurchschnittlich hohe Krankheitsausfälle erforderlich geworden.

Herr Giesen-Weirich bemerkt, die Überstunden seien ein Signal dafür, in welchen Bereichen der Verwaltung Personalengpässe bestünden. Aus der Vorlage werde jedoch nicht deutlich, welche Teilbereiche einer Dienststelle bzw. welche Stellen von erforderlicher Mehrarbeit betroffen seien.

Frau Kronenberg bittet zukünftig um eine geschlechterdifferenzierte Darstellung.

3.3 Fragen zu den Rufnummern 110, 112 und 115 4553/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 6). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfragen von Herrn Schöppe führt Herr Kahlen aus, die Verwaltung stehe vor der Aufgabe, auch in den Randbereichen des Stadtgebietes eine parzellengenaue Zuordnung von Anrufen auf die zuständige Leitzentrale, unabhängig von der Vorwahl, zu erreichen. Für die einheitliche Behördenrufnummer 115 bestehe das Problem der Zuordnung nicht, da der Anruf automatisch zum nächstgelegenen Servicecenter geleitet werde. Das Call-Center Köln biete den Dienst auch für benachbarte Kreise und Kommunen an, so dass alle Anrufe aus der Region an das Servicecenter Köln weitergeleitet würden.

Herr Huland ergänzt, für die Notrufnummer 112 sei die straßengenaue Zuordnung von Anrufen zwischenzeitlich geklärt, für die Rufnummer 110 sei eine abschließende Klärung voraussichtlich im Laufe dieses Jahres möglich.

3.4 Einführung des elektronischen Auskunftsbildschirms StadtKasseOnline (SKOL) 5873/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 7). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Frage von Herrn Schmitz zum genauen Verfahren und zu datenschutzrechtlichen Aspekten sagt Herr Kahlen eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

3.5 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2008 0009/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 8). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Schöppe bittet um Erläuterung der Fallzahlentwicklung von September auf Oktober 2008 in Zeile 9 der Statistik sowie in Zeile 15 um Nachtrag des Wertes für August 2008. Darüber hinaus hinterfragt er das negative Vorzeichen in Zeile 16 der Übersicht.

Herr Kahlen sagt eine Stellungnahme zu einer der nächsten Sitzungen zu.

3.6 Wertgrenzen im Vergaberecht - Bedeutung öffentlicher Aufträge für die lokale/regionale/überregionale Wirtschaft 2006 - III 2008 0245/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 9). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfragen von Herrn Wolter und Herrn Detjen erläutert Herr Kahlen, hinsichtlich einer möglichen Anhebung der Wertgrenzen im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm sei die Verwaltung zunächst auf entsprechende Regelungen des Landes NRW angewiesen. Zudem werde derzeit verwaltungsintern beraten, inwieweit eine weitere Anhebung der Wertgrenzen tatsächlich einen Zeitgewinn bei Vergaben bedeute und welche Risiken hiermit verbunden seien.

Herr Cremer führt ergänzend aus, bei Erstellung dieses Berichtes habe die Verwaltung einen Zeitraum von lediglich eineinhalb Jahren als Vergleichsbasis heranziehen können. Insofern werde zwar eine Tendenz beschrieben, es bestehe aber keine Veranlassung, den Beschluss des AVR aus 2006 zu revidieren. Mit Einführung des neuen Vergabemanagementsystems könne zusätzliches Datenmaterial verknüpft und ausgewertet werden, um detaillierte Schlüsse hinsichtlich der Auswirkungen einer Anhebung der Wertgrenzen ziehen zu können. Die Verwaltung werde dem AVR einen dezidierten Vorschlag für eine sachgerechte Anpassung der Wertgrenzen im Hinblick auf das Konjunkturpaket unterbreiten.

3.7 Zensus 2011 0083/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 10). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Breuer antwortet auf Nachfrage von Herrn Wolter, eine Aussage über die genauen Kosten sei derzeit nicht möglich, da das Zensusanordnungsgesetz noch nicht beschlossen sei. Der vorliegende Gesetzesentwurf sehe lediglich eine Erhebung der seitens der EU vorgegebenen Kernmerkmale vor. Kommunalrelevante Planungsmerkmale, beispielsweise zur Wohnungsmarktbeobachtung, würden nicht abgefragt. Die Kosten für die Vollerhebung trage grundsätzlich zwar der Bund, dennoch werde das Gesetz auch den Kommunen einen Kostenbeitrag auferlegen, obwohl der Nutzen des Zensus für diese bislang gering sei. Sofern der Gesetzesentwurf nicht nachgebessert werde, müssten die Kommunen zudem weitere, eigene Umfragen finanzieren.

3.8 Einführung des Ganztagsbetriebs an Gymnasien und Realschulen / Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln 0362/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 11). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.9 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2009" 0367/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 12). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Dr. Schoser begrüßt die Mitteilung. Der Kölner Ehrenamtspreis sei eng mit dem Oberbürgermeister verbunden, der die Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht habe. Er bedankt sich außerdem bei der Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements (FABE) für die gute und erfolgreiche Begleitung.

Herr Detjen regt an, zukünftig verstärkt Frauen für die Aufgabe der Ehrenamtspatin zu gewinnen.

**3.10 Verweis aus dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün:
Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten
0082/2009**

Der AVR vertagt die Mitteilung zur ausführlichen Beratung in die nächste Sitzung.

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

**4.1 Förderung von Integrationsunternehmen
5638/2008**

Der Ausschuss ist auf Bitte von Herrn Detjen einverstanden, die Vorlage in die nächste Sitzung zu vertagen.

**4.2 Projekt Mobile Bürgerdienste (MoBüD) Sachstandsbericht
4400/2008**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 13). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau dos Santos Herrmann bestätigt Herr Kahlen, das Konzept zum Optimierte Bürgerservice sehe einen weiteren Ausbau der Mobilien Bürgerdienste vor.

5 Schriftliche Anfragen

**5.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2009
Aufenthaltsbeendende Maßnahmen
AN/0013/2009**

Auf Bitte von Herrn Wolter sagt Herr Kahlen zu, im Rahmen der Stellungnahme auch auf die sogenannte Härtefallregelung sowie auf andere Gründe für ein Aussetzen der Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen einzugehen.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Zukunft des Ratsarchivs

Herr Schmidt teilt auf Nachfrage von Herrn Detjen mit, das Ratsarchiv werde auch zukünftig in elektronischer Form zur Verfügung stehen. Es gebe jedoch Überlegungen, die Ratsbibliothek nicht weiter fortzuführen, da über die Rechtsdatenbanken im Internet jederzeit auf eine umfangreiche Gesetzessammlung zugegriffen werden könne.

Auf Bitte von Herrn Detjen sagt er einen schriftlichen Bericht zur Zukunft von Ratsbibliothek und Ratsarchiv zu.

6.2 Konflikt in der Sürther Aue

Auf Nachfrage von Herrn Detjen antwortet Herr Kilp, die Mahnwachen etc. in der Sürther Aue seien als Veranstaltung nach dem Versammlungsgesetz anzusehen, so dass die Zuständigkeit grundsätzlich bei der Polizei liege. Die Verwaltung werde bei Bedarf unterstützend tätig.

6.3 XXL-Ticket

Auf Anmerkung von Frau Dresler-Graf führt Herr Kahlen aus, die XXL-Tickets der Mitarbeiter würden seitens der Verwaltung nicht gesondert bezuschusst, der monatliche Beitrag richte sich nach der Anzahl der Tickets, die die Stadt Köln insgesamt abnehme. Inwieweit ein Zuschuss im Rahmen einer freiwilligen Leistung, beispielsweise an Außendienstmitarbeiter, die ihr Ticket häufig für Dienstgänge nutzen, möglich sei, müsse von der Verwaltung geprüft werden.

Herr Giesen-Weirich ergänzt, bei Einführung des damaligen Job-Tickets sei eine Finanzierung über die Parkraumbewirtschaftung erfolgt. Diese Finanzierungsmöglichkeit sei jedoch zwischenzeitlich weggefallen.

7 Anträge

7.1 Gestaltung der Mitarbeiterverträge im ASD Antrag der FDP-Fraktion vom 16.01.2009 AN/2266/2008

Stellungnahme der Verwaltung 0233/2009

Unter Verweis auf die vorliegende Stellungnahme zieht Herr Repgen den Antrag zurück.

Auf seine Nachfrage teilt Herr Büscher mit, nach seiner Kenntnis habe die Verwaltung nach der letzten Auswahlrunde alle vakanten Stellen im ASD besetzen können.

8 Platzvergaben

8.1 Neumarkt hier: Antrag der Gemeinschaft Kölner Schausteller eG auf Durchführung der Karnevalskirmes vom 22.02.2009 bis zum 24.02.2009 und Zurverfügungstellung des Neumarktes incl. Auf- und Abbauezeiten vom 21.02.2009 bis zum 28.02.2009 5192/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Gemeinschaft Kölner Schausteller eG zur Durchführung der Karnevalskirmes vom 22.02.2009 bis zum 24.02.2009 den Neumarkt incl. Auf- und Abbauezeiten vom 21.02.2009 bis zum 28.02.2009 zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

8.2 Rudolfplatz hier: Antrag der Synagogen-Gemeinde Köln, Ottostraße 85, 50823 Köln auf Durchführung einer Informationsveranstaltung (Israel-Tag) am 07.05.2009 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr (incl. Auf- und Abbauezeiten) und Zurverfügungstellung des Rudolfplatzes 5284/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Synagogen Gemeinde den Rudolfplatz zur Durchführung einer Informationsveranstaltung am 07.05.2009 in der Zeit von 08.00

Uhr bis 22.00 Uhr (incl. notwendiger Auf- und Abbauarbeiten) zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 8.3 Rudolfplatz**
hier: Antrag des Vereins Ickler & Friends e.V., Gutenbergstraße 79, 50823 Köln auf Durchführung einer Informationsveranstaltung (Einfach Ehrensache 2009) am 23.05.2009 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr (incl. Auf- und Abbauzeiten) und Zurverfügungstellung des Rudolfplatzes
5286/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Verein Ickler & Friends e.V., Gutenbergstraße 79, 50823 Köln, den Rudolfplatz zur Durchführung einer Informationsveranstaltung am 23.05.2009 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr (incl. Auf- und Abbauzeiten) zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Kulturelle Bildung in Köln
3429/2008

Frau von Bülow bittet, die Vorlage in der Fassung des Integrationsrates zu beschließen. Des Weiteren kündigt sie einen Änderungsantrag zur Sitzung des Finanzausschusses an.

Herr Repgen bittet um Abstimmung.

Beschluss (in der Fassung des Integrationsrates):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat nimmt das als Anlage 1 beigefügte Positionspapier „Kulturelle Bildung“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche in Köln. Er ist damit einverstanden, dass die zum Stellenplan 2008/2009 eingerichtete Stelle Verwaltungsangestellte/Verwaltungsangestellter VGr. II hD, Fg. 1a BAT (E 13 TVöD), die zunächst bis zur Vorlage des vorgenannten Positionspapiers mit einem Besetzungssperrvermerk versehen wurde, zur Besetzung freigegeben wird. Gleichzeitig beschließt er die Freigabe der im Teilergebnisplan 0405 – Kulturförderung – in der Teilplanzeile 15 - Trans-

feraufwendungen - für kulturelle Bildung veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigung in Höhe von 85.000 €.

Die kulturelle Bildung auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist in das Konzept einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.2 Beschaffung von Plankammerschränken für das Historische Archiv
5323/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR erkennt den Bedarf an und verzichtet auf einen Vergabevorbehalt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.3 Lieferung von Holz in verschiedenen Sortierungen
5552/2008**

Auf Rückfrage von Herrn Wolter bestätigt Herr Breuer, es solle ausschließlich zertifiziertes Holz im Sinne des Ratsbeschlusses vom 25.09.2008 beschafft werden.

Herr Repgen bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen erkennt den Bedarf zur Beschaffung von Holz in verschiedenen Sortierungen für das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen an und beauftragt die Verwaltung, ein Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.4 Bedarfsfeststellung - Kauf von handgeführten Maschinen für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
5579/2008**

Auf Nachfrage von Herrn Schmitz erklärt Herr Breuer, die Bedarfe seien grundsätzlich unter Berücksichtigung der notwendigen Ausstattung aller Betriebsbereiche ermittelt worden. Der Umfang der zu beschaffenden Geräte werde mit dieser Vorlage jedoch nicht festgelegt, vorgesehen sei ein sogenannter Abrufvertrag, in dem lediglich die Gewährung bestimmter Rabatte mit dem Lieferanten vereinbart werde.

Herr Repgen schlägt vor, den Beschluss des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün zu übernehmen und bittet um Abstimmung.

Beschluss (in der Fassung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün):

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen stellt den Bedarf zum Kauf handgeführter Maschinen *mit Ausnahme der Laubblasgeräte auf den letzten drei Positionen* für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen fest.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.5 Jährliche Überprüfung der Einheitssätze gem. § 3 der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages - Erschließungsbeitragssatzung - vom 29. Juni 2001
4375/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt den Erlass der 6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages - Erschließungsbeitragssatzung - vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.6 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus
Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa
3984/2008**

Auf Frage von Herrn Detjen informiert Herr Kahlen, im Rahmen der Mitgliedschaft im Verein „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“ verpflichtete sich die Stadt Köln zu einer regelmäßigen Berichterstattung. Gleichzeitig werde sie auch über die Aktivitäten anderer Mitgliedskommunen informiert.

Herr Repgen bittet um Abstimmung.

Beschluss (in der Fassung des Integrationsrates):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der vorhandenen Haushaltsressourcen mit der Umsetzung des als Anlage 1 beigefügten Konzeptes zur Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“ in Köln.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept dem Lenkungsausschuss des „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ vorzulegen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem Rat zunächst jährlich über die Umsetzung von Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus in Köln im Sinne des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zu berichten und den Bericht dem Lenkungsausschuss der Städte-Koalition vorzulegen.
4. Der Rat beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Köln im Verein „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ und beauftragt die Verwaltung, den Beitritt der Stadt Köln zum vorgenannten Verein in die Wege zu leiten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag von 1.500 € wird aus Mitteln des zuständigen Dezernates sichergestellt.
5. Der Rat bittet die Verwaltung, den Einsatz von städtischen Beschäftigten in Projekten zur Prävention und Beseitigung von Rassismus und Diskriminierung zu ermöglichen und von den Fachdienststellen zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.7 Projekt "Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete"
EFRE - Wettbewerbsaufruf "familie@unternehmen.NRW"
2075/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat beschließt vorbehaltlich der Förderung durch das Land NRW und der EU die Durchführung des Projekts „Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete“ in der Zeit vom 01.03.2009 – 28.02.2011 gemäß der in der Problemstellung dargelegten Finanzierung.
2. Für die Wahrnehmung der Aufgabe beauftragt der Rat die Verwaltung, die zur Umsetzung des Projektes erforderlichen Mehrstellen
1 Stelle StAR BGr. A 11 BBO bzw. VA VGr. IVa BAT (EG 10 TVöD)
0,5 Stelle VA VGr. VIII/VII Fg 1b/1c (EG 3 TVöD)
zum Stellenplan 2010 befristet bis zum 28.02.2011 einzurichten.
Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 wird die Verwaltung beauftragt, die entsprechenden Stellen intern zur Verrechnung zur Verfügung zu stellen.

3. Der Beschluss beinhaltet die Freigabe der im Doppelhaushalt 2008/2009 für das Haushaltsjahr 2009 im Teilplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus in Zeile 13 als „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ veranschlagten Mittel für die Maßnahme „Familienfreundliche Gewerbegebiete/Landeswettbewerb“ in Höhe von 50.000 €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.8 Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige - Ausbauplanung bis 2013
5359/2008**

Beschluss (in der Fassung der Bezirksvertretung Kalk):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat beschließt den bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige auf insgesamt mindestens 10.200 Betreuungsplätze bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014, vorbehaltlich der Gewährung von Bundes- und Landeszuschüssen zu den Investitions- und Betriebskosten. Die Anzahl der Betreuungsplätze im Jahr 2013 entspricht einer gesamtstädtischen Versorgungsquote von 40% der 0- bis unter 3-Jährigen.
2. Weiterhin beschließt der Rat, dass 80% der geplanten Gesamtzahl der Betreuungsplätze für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und 20% im Bereich der Kindertagespflege realisiert werden. Das bedeutet die Realisierung rd. 3.420 neuer Plätze für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen durch Umbau- und Neubaumaßnahmen sowie die Schaffung rd. 1.080 zusätzlicher Plätze der Kindertagespflege für unter 3-Jährige.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zielplanung in Abstimmung mit den Trägerverbänden und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfssituation auf Stadtbezirks- und Stadtteilebene umzusetzen und den Rat *und die jeweiligen Bezirksvertretungen* jährlich über den erreichten Ausbaustand zu informieren.
4. Die Finanzierung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans. Der Rat beschließt, dass die personellen Auswirkungen, die sich aus dem Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige bis 2013 ergeben, seitens der Verwaltung im Rahmen unterjähriger organisatorischer Betrachtungen ermittelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses einstimmig zugestimmt

**9.9 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bearbeitung von Beihilfeangelegenheiten für die Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln
5643/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat erklärt sein Einverständnis zum Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (vgl. Anlage) auf der Basis von § 23 Absatz 1 2. Alternative des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der derzeit gültigen Fassung zwischen der Gemeinde Nettersheim und der Beihilfekasse der Stadt Köln zur Übernahme von Beihilfeangelegenheiten der Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Aufsichtsbehörde oder aus sonstigen Gründen Änderungen des in der Anlage beigefügten Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.10 4. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Köln
5124/2008**

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

**9.11 Schulsozialarbeit
Hier: Erweiterung der Schulsozialarbeit in 2009
4301/2008**

Frau von Bülow bittet, die Vorlage aufgrund weiteren Beratungsbedarfes ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Der Ausschuss ist hiermit einverstanden.

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.12 Projekt D115 - Einheitliche Behördennummer
hier: Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen für die
Dauer des Pilotbetriebes mit den Verbundpartnern in der Region
5645/2008**

Auf Nachfrage von Herrn Hopfau führt Herr Kahlen aus, die einheitliche Behördenrufnummer 115 biete einen zusätzlichen Service, dabei werde die städtische Rufnummer 221-0 zunächst parallel beibehalten. Es sei vorgesehen, dass ein Anruf der Nummer 115 sieben Cent koste. Sofern die Rufnummer stark nachgefragt werde, sei auch ein kostenloser Service denkbar, wenn sich die technische Infrastruktur etc. amortisiert habe.

Herr Repgen bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit jedem Verbundpartner in der Modellregion West II im Projekt D115 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.13 Moderationsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger am Brüsseler Platz
5824/2009**

Frau Koppmann bittet ergänzend zum Beschlusstext um eine zeitnahe Durchführung des Moderationsverfahrens und um die Beauftragung eines professionellen Moderators.

Herr Wolter merkt an, er begrüße den Antrag der Bezirksvertretung Innenstadt, da am Brüsseler Platz dringender Handlungsbedarf bestehe. Insofern unterstütze er auch den Änderungsvorschlag, der die Notwendigkeit einer raschen Durchführung des Moderationsverfahrens hervorhebe.

Herr Repgen bittet um Abstimmung.

Beschluss (in der mündlich geänderten Fassung):

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen beauftragt die Verwaltung, dass *zeitnah* ein Moderationsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger am Brüsseler Platz *durch einen professionellen Moderator* durchgeführt wird.

Bei der Auswahl der Moderatorin bzw. des Moderators ist der Bezirksbürgermeister zeitnah mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion zugestimmt

Repgen
(stellvertretender) Vorsitzender

Meier
Schriftführerin